

LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN!



Die herausragenden Ergebnisse der Landtagswahl lauten:

Die schwarz-gelbe Regierung ist abgewählt. CDU und FDP haben 7,4 Prozentpunkte verloren. Mit 28 Sitzen sind sie weit weg von einer gemeinsamen Mehrheit.

SPD, Grüne und SSW können – wie vor der Wahl angekündigt – eine Koalition bilden und einen Politikwechsel in Schleswig-Holstein herbeiführen. Alle drei Parteien konnten zulegen: SPD + 5,0 Prozentpunkte, Grüne + 0,8 Prozentpunkte, SSW + 0,3 Prozentpunkte – das reicht für eine knappe Mehrheit im Landtag.

Alle drei Parteien haben noch am Wahlabend erklärt, dass sie ernsthafte Koalitionsgespräche führen wollen und für eine Koalition zur Verfügung stehen. Wir haben das auf den Sitzungen von Landesvorstand und Landesparteirat eindeutig bestätigt und ich meine: Etwas anderes wäre den Wählerinnen und Wählern und auch unseren Mitgliedern nicht zu vermitteln. Ein Selbstgänger

wird die Bildung dieser Koalition sicher nicht, aber sie bietet die große Chance, in Schleswig-Holstein wieder gute Politik zu machen und auf diesem Wege auch Wählerinnen und Wähler zurück zu gewinnen.

Aber wir machen uns auch nichts vor: 5 Prozentpunkte Zuwachs ist weniger, als wir erwartet hatten. Dass wir die Zielmarke 40 Prozent, die Torsten ausgegeben hatte, erreichen würden, hat wohl kaum jemand erwartet. Aber es hätte natürlich gerne etwas mehr sein dürfen und es ist schmerzlich, dass wir die CDU nicht – wie eigentlich erwartet – hinter uns lassen konnten. Es ehrt Torsten, dass er das noch am Wahlabend freimütig eingeräumt hat. Anders als Jost de Jager und die CDU, die krampfhaft versuchen, sich als „Wahlsieger“ darzustellen und ihr Ergebnis als „Regierungsauftrag“ zu verkaufen. Ich glaube, dass viele Wählerinnen und Wähler solche Versuche, die „Deutungshoheit“ zu erlangen, als Geschwätz erkennen und gründlich satt haben!

Ein realistischer Blick auf die Zahlen sollte uns aber nicht die Freude über das eigentliche Ergebnis vermiesen:

Gewinner der Wahl sind diejenigen, die Zugewinne verzeichnen können und in die Lage versetzt wurden, eine neue Regierung zu bilden! Dies werden wir jetzt auch tun: Zügig, aber sorgfältig. Nach den erfolgreichen Sondierungsgesprächen mit den Grünen und dem SSW, an denen ich als Landesparteiratsvorsitzender teilgenommen habe, folgen nun die Koalitionsgespräche.

Ich bin mir sicher: Wir werden einen guten Koalitionsvertrag schließen, wir werden eine gute und stabile Landesregierung mit Torsten Albig an der Spitze bilden und dafür sorgen, dass endlich wieder gute Politik in und für Schleswig-Holstein gemacht wird!

Im Sommer – darauf haben wir uns im Landesparteirat verständigt – werden wir uns sachlich mit den Schattenseiten des Wahlergebnisses beschäftigen:

Laut infratest-dimap sind ca. 42.000 Wählerinnen und Wähler, die 2009 noch SPD gewählt haben, diesmal nicht zur Wahl gegangen. Insgesamt ist die Wahlbeteiligung auf ein Rekordtief gesunken. Was sind die Gründe, was können wir dem entgegensetzen? Wie bringen wir wieder mehr Wählerinnen und Wähler an die Urnen?

Warum ist es trotz hervorragender persönlicher Werte für unseren Spitzenkandidaten nicht gelungen, stärkste Kraft im Landtag zu werden?

Und wie gehen wir damit um, dass ca. 10.000 Wählerinnen und Wähler, die 2009 noch SPD gewählt haben, die Piraten wählen? Eine Partei ohne Programm, ohne bekanntes Personal und ohne irgendwelche „Referenzen“?

Selten gelingt es, sich in Landtagswahlen komplett vom Bundestrend abzukoppeln, aber Landtagswahlen sind eben in erster Linie Regionalwahlen. Und von daher wird es auch spannend sein, ob die Wahlergebnisse aus Nordrhein-Westfalen, die zumindest „gefühl“ besser ausgefallen sind, als in Schleswig-

SPD-KREIS-INFO

Herausgeber / Verantwortlich für den Inhalt:

SPD-Kreisverband
Rendsburg-Eckernförde
Nienstadtstraße 10
24768 Rendsburg
Sönke Rix, Götz Borchert

Redaktion: Götz Borchert, Moritz Deutschmann, Andreas Fleck, Jürgen Strack, Manfred Tank

ERGEBNISSE MIT LICHT UND SCHATTEN

Holstein, Rückschlüsse darauf zulassen, was wir besser machen können.

Licht und Schatten gibt es auch bei unseren Ergebnissen im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Die gute Botschaft: Alle drei Wahlkreise sind mit SPD-Abgeordneten im Landtag vertreten. Serpil Midyatli, Kai Dolgner und Ralf Stegner haben es über die Landesliste geschafft. Alle drei haben einen engagierten Wahlkampf geführt und dabei viel Unterstützung gehabt. Ich gratuliere den Dreien und bedanke mich bei allen, die mitgeholfen haben!



Gesellschaft verankert sind, wird ja nicht allein durch die Politik in Berlin oder Kiel, sondern auch auf Kreisebene und in den Gemeinden entschieden.



Die weniger gute Nachricht: In allen drei Wahlkreisen wurden die CDU-Kandidaten direkt gewählt. Damit können wir nicht zufrieden sein – auch wenn wir wussten, dass sich die CDU mit der Wahlkreisreform die Wahlkreise maßgeschneidert hat. Natürlich schlägt in erster Linie das landesweite Ergebnis auf die Wahlkreise durch und wie gewohnt haben meistens die FDP-Wähler verstanden, wie man sinnvoll Stimmen splitten kann, während die der „kleinen“ Parteien links der Mitte eher stramm durchwählen.

Die genauen Ergebnisse lassen sich im Internet nachlesen und wir werden uns – vermutlich im Rahmen einer KPA-Sitzung – auch diese Zahlen genau anschauen. Ein Vergleich mit vorangegangenen Wahlen wird wegen der Neuschneidung der Wahlkreise aber eher schwierig sein.

Darüber hinaus müssen wir prüfen, was wir vor Ort besser machen können. Die Frage, ob wir noch ausreichend in der

Ca. 300 SPD-Mitglieder bringen sich im Kreis Rendsburg-Eckernförde ehrenamtlich in der Kommunalpolitik als Gemeindevertreter oder als sachkundiger Bürger ein. In 77 Ortsvereinen versuchen SPD-Mitglieder, lebendige politische Parteien und Diskussionen zu

organisieren. Merken die Leute das eigentlich?

Und die Gretchenfrage – nicht erst seit die Piraten aufgetaucht sind: Wie können wir es schaffen, dass wieder mehr Bürgerinnen und Bürger zu uns kommen und mitmachen? Auch dieses Wahlergebnis zeigt uns: Es gibt noch viel zu tun und manches zu verbessern!



Foto: Michael Slognsnat

Alle Wahlergebnisse auf Kreisebene finden sich hier:

<http://www.kreis-rendsborg-eckernfoerde.de/politik/wahlen/landtagswahl-2012.html>

KREISPARTEITAG 2. JUNI 2012 ALTENHOLZ

Der ordentliche Kreisparteitag der SPD Rendsburg-Eckernförde findet am Sonnabend, den 2. Juni 2012 statt. Anders als bisher geplant allerdings nicht im Ostseebad Damp, sondern im Gemeindezentrum Altenholz, Klausdorfer Straße. Beginn ist um 10.00 Uhr, Einlass ab 9.00 Uhr.

Die Verlegung wurde notwendig, weil der Zeitplan der Koalitionsgespräche dazwischen kam. Acht Rendsburg-Eckernförder Genossinnen und Genossen sind Mitglied in den verschiedenen Verhandlungskommissionen und müssen am Sonnabend teilweise auch im Landeshaus in Kiel zugegen sein. Das wäre von Damp aus, wo am Sonnabend auch der „Lauf zwischen den Meeren“ endet, ungleich schwerer zu bewerkstelligen gewesen.

Die Delegierten aus 77 SPD-Ortsvereinen und aus den Arbeitsgemeinschaften diskutieren auf dem Kreisparteitag die Rechenschaftsberichte des Kreisvorstandes, der Kreistagsfraktion und des Kreisparteiausschusses.

Außerdem wird der gesamte Kreisvorstand neu gewählt. Zur Wahl stellen sich neben dem Kreisvorsitzenden Sönke Rix auch die bisherigen Vorstandsmitglieder Heidrun Isolt (Eckernförde), Götz Borchert (Dänishagen), Peter Skowron (Eckernförde), Andreas Fleck (Felde), Jürgen Strack (Neuwittenbek) und Manfred Tank (Mielkendorf). Neu zur Wahl stellen sich Serpil Midyatli (Gettorf), Martin Klimach-Dreger (Eckernförde), Axel Diehl (Büdelsdorf), Carsten Peschel (Nortorf), Kurt Scherbarth (Timmaspe), Robert Schuster (Kronshagen) und Martin Tretbar-Endres (Rendsburg). Kandidaturen sind bis zur Eröffnung des jeweiligen Wahlganges möglich.

Bisher liegen zur Beratung zwei Anträge aus dem OV Altenholz vor: „Sofortige Rücknahme der Änderungen im Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein“ und „Sofortige Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte.“

Der Parteitag tagt natürlich öffentlich!

SPD SETZT SICH FÜR DIE SANIERUNG DER HEINRICH-DE-HAAN-SCHULE EIN



Im letzten Jahr erwarb der Kreis die Heinrich-de-Haan-Schule von der Stadt Rendsburg zur Erweiterung des BBZ (Berufsbildungszentrum Rendsburg).

Leider ist die Schule mit dem Baujahr 1977 ein typisches Gebäude seiner Zeit: Viel Beton und Glas, inzwischen in die Jahre gekommen und ein wahrer Energiefresser – weit entfernt von heutigen Verbrauchsnormen und Anforderungen des Klimaschutzes.

Die Fenster stammen noch aus dem Baujahr 1977, Innen- und Außenrahmen sind teilweise verwittert. Die Heizkessel stammen aus 1977 (Schule) und 1982 (Turnhalle) und sind abgängig. Das gesamte Dach durchziehen Lichtbänder, die optisch schön, aber leider energetisch als Kältebrücken wirken, und es weist außerdem Leckagen auf. Wegen des Sanierungsbedarfs gab es von der Stadt Rendsburg auch einen Preisnachlass.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung des Kreises waren aber notwendige Sanierungsmaßnahmen für die nächsten Jahre zurückgestellt. Kein Geld für den Substanzerhalt und eine notwendige energetische Sanierung!

Die SPD wollte sich damit nicht zufriedengeben und suchte nach Alternativen. Diese fand sich im Health-Check-Programm der Aktivregion Rendsburg, die rund 880 T Euro an Fördermitteln bis Ende 2013 für Klimaschutzmaßnahmen und insbesondere energetische Verbesserungen zur Verfügung hat. Für Gebäudedämmung und Heizungssanierung z. B. an Schulen kann der Kreis Zuschüsse von 75 % der Kosten erhalten. Bedingung ist eine Heizungsumstellung auf regenerative Energien wie Holzpellets. Bei vom Gebäudemanagement des Kreises ermittelten Gesamtkosten von rund 1,1 Mio. Euro wäre ein Zuschuss von 825 T Euro möglich, es bliebe ein Eigenanteil von 275 T Euro. Dies entspricht zufällig fast genau dem Preisnachlass, den die Stadt Rendsburg aufgrund des Sanierungsbedarfs gegeben hat. Dieser hätte eigentlich im Kreishaushalt als Rückstellung für Sanierung verbucht werden müssen, ging aber im Haushalt „unter“, um so eine niedrige Verschuldung darstellen zu können.

Auf Initiative der SPD beschloss der Hauptausschuss einstimmig, Fördermittel für eine Sanierung der Heinrich de Haan Schule zu beantragen und dann die Sanierung anzugehen.

„Haushaltkonsolidierung darf nicht bedeuten, schlicht Ausgaben einzusparen, sondern heißt auch, kreativ neue Einnahmen wie Fördermittel einzuwerben. Investitionen in Energiesparen vermeiden künftige Kosten. Wer nicht in den Erhalt der Substanz der Kreisliegenschaften investiert, kann kurzfristig optisch die Verschuldung senken, verursacht aber für die Zukunft um ein Vielfaches höhere Kosten.“, stellt Hans-Jörg Lüth für die SPD-Kreistagsfraktion fest.

„Wir wollen aus Verantwortung für nachfolgende Generationen schon den heute möglichen Klimaschutz realisieren und zugleich künftige Folgekosten verringern.“

*Hans-Jörg Lüth
stellv. Fraktionsvorsitzender*



KREISKONFERENZ IN FOCKBEK

Die AG 60 plus lädt ein zur Kreiskonferenz am

**Mittwoch, 06. Juni 2012
15.00 Uhr**

**Hotel – Restaurant Schützenhaus
Rendsburger Str. 34 – Fockbek**

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Grußworte
3. Wahl der Versammlungsleitung, Mandatsprüfungskommission, Zählkommission
4. Referat Abteilungsleiterin Sozialpolitik DGB Bezirk Nord Gabriele Wegner zum Thema „Altersarmut – Ursachen und Folgen!“
5. Aussprache
6. Tätigkeitsbericht des Kreisvorstandes mit Aussprache
7. Bericht der Mandatsprüfungskommission
8. Wahlen
 - Wahl der/des Vorsitzenden
 - Wahl von 8 Stellvertretern/ -innen
 - Wahl von 10 Delegierten zur Landeskongress AG 60 plus
 - Wahl von 3 Delegierten zum Kreisparteitag
9. Verschiedenes
10. Schlusswort

Mit solidarischen Grüßen

*Hans Peter Robin
Vorsitzender AG 60plus*

CHANCENGLEICHHEIT UND BILDUNGS- GERECHTIGKEIT SCHAFFEN! INFOS AUS DER VERGANGENEN LANDTAGSSITZUNG



Trotz aller Fortschritte bleibt noch sehr viel zu tun, wenn wir eine echte Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit in unserem Land erreichen wollen. Darin deckte sich die Antwort der Landesregierung auf eine unserer Anfragen mit dem kürzlich vorgestellten Nationalen Aktionsplan „Integration“ der Bundesregierung.

Aus meiner Sicht sind es drei Handlungsfelder, vor denen wir stehen:

- die Beherrschung der deutschen Sprache,
- die Integration und Inklusion in den Regelunterricht und
- die Gleichstellung bei den Schulabschlüssen.

Dass man Deutsch beherrschen muss, um die Schule mit Erfolg absolvieren zu können und um in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt gleichberechtigt zu sein, gilt nicht nur für Menschen mit Migrationshintergrund, sondern für alle. Erzieherinnen und Erzieher sowie Grundschullehrerinnen und -lehrer können ein Lied davon singen, wie schlecht die Sprachfähigkeit auch vieler Kinder aus ethnisch deutschen Familien ist.

Es war deshalb eine richtige Entscheidung, die Feststellung der Sprachfähigkeit in die Kindertagesstätten zu verlagern und diese dazu zu verpflichten, in Zusammenarbeit mit der Schule die nötigen Fördermaßnahmen durchzuführen. Die Voraussetzung dafür allerdings ist, dass wir die Kinder erst einmal in die Betreuungseinrichtungen bekommen. Denn wenn 2011 rund 18 Prozent der Kinder in Kindertagesstätten mindestens ein ausländisches Elternteil hatten und 10,3 Prozent zu Hause nicht vorrangig Deutsch sprachen, bleibt hier eine Menge zu tun.

Falls die Bundesregierung wirklich ihre Herdprämie alias Betreuungsgeld durchsetzt, wird das ein weiteres Vehikel dafür sein, genau die Kinder aus den KiTas fernzuhalten, die dort unbedingt hingehören. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass in Berlin kein Geld rausgeworfen wird, sondern damit lieber die Kommunen und die freien Träger beim Ausbau und bei besserer Betreuungsqualität unterstützt werden.

Wir werden uns deshalb darum bemühen, in der nächsten Legislaturperiode die Gebührenfreiheit zumindest für das letzte Jahr vor der Einschulung wieder herzustellen, und wir streben langfristig an, die gesamte Bildung von der Kindertagesstätte bis zum ersten Studienabschluss gebührenfrei zu machen.

Ich werde dafür kämpfen, dass dieses Thema in den Koalitionsverhandlungen, aber auch in der kommenden Legislatur ganz oben auf der Agenda bleibt.

Serpil Midyatli, MdL

Hatice Kara – seit 2010 Beisitzerin im Kreisvorstand der SPD Rendsburg-Eckernförde – wurde am 20. Mai zur Bürgermeisterin der Gemeinde Timmendorfer Strand gewählt. Der SPD-Kreisvorstand beglückwünscht die Timmendorfer zu einer guten Entscheidung!

KREISTAGSFRAKTION IM BBZ ECKERNFÖRDE



Mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Dr. Kai Dolgner, MdL, und dem Bundestagsabgeordneten Sönke Rix informierte sich die Kreistagsfraktion im Berufsbildungszentrum Eckernförde über das umfangreiche Angebot, die aktuelle Situation und die zukünftige Entwicklung des Berufsbildungszentrums RD-Eck mit über 3000 Schülern in Berufsschule, Berufsfachschule, Berufsoberschule und beruflichem Gymnasium.

In den Gesprächen mit der Schulleitung, dem Personalrat und der Schülersvertretung wurden insbesondere die Probleme deutlich, die durch die Tätigkeit des BBZ an verschiedenen Standorten in Rendsburg und Eckernförde verursacht sind. Das Pendeln der Lehrkräfte und die damit verbundenen Fahrzeiten zwischen den verschiedenen Standorten führen zu einer zusätzlichen Belastung der Lehrer. Diese zusätzliche Belastung ist bei der Festlegung der Zahl der Lehrkräfte des BBZ nicht berücksichtigt. Auch im Verwaltungsbereich, in der Arbeit des Personalrats und der Schülersvertretung entsteht hierdurch erheblicher zusätzlicher Aufwand und Koordinationsbedarf.

Bei einem Rundgang durch die Räume des BBZ in der Fischerkoppel in Eckernförde wurde die knappe Raumsituation für die Besucher erkennbar. Alle Räume sind zu 100 Prozent ausgelastet. Selbst die Aula wird für Unterrichtszwecke genutzt und ist für größere schulische Veranstaltungen nicht ausreichend.

Zum Abschluss eines sehr informativen Vormittags stellte die Schulleitung noch ihre Vorstellungen zum künftigen Budget für das BBZ vor. Für die Zukunft wurde ein intensiverer Informationsaustausch vereinbart.

EU PLANT KEINE HÖCHSTGRENZE DER ARBEITSSTUNDEN BEI DEN FREIWILLIGEN FEUERWEHREN

Die angeblichen Vorschläge der EU-Kommission, die Tätigkeiten der Freiwilligen Feuerwehren in den Anwendungsbereich der Arbeitszeit-Richtlinie aufzunehmen, haben in den vergangenen Wochen bei den schleswig-holsteinischen Feuerwehren und Kommunen enorme Ängste hervorgerufen. Viele Zeitungen in Schleswig-Holstein sahen die Freiwilligen Feuerwehren schon vor dem Aus, wenn die dort ehrenamtlich geleistete Arbeit auf die Höchstarbeitszeit angerechnet würde: Schließlich blieben einem Arbeitnehmer nach 42 Stunden wöchentlicher Berufstätigkeit nur noch sechs Stunden pro Woche für sein Ehrenamt und um die nötige Ruhephase von elf Stunden zwischen zwei Arbeitsblöcken einhalten zu können dürfe er nicht an nächtlichen Brandeinsätzen teilnehmen.

Inzwischen hat die Kommission zu den Medienberichten in Deutschland Stellung genommen. Sie stellt klar: Es gibt derzeit keinen Vorschlag der Europäischen Kommission, die bestehenden Regeln zur EU-Arbeitszeitrichtlinie zu

ändern. Insbesondere hat die Kommission nicht vorgeschlagen, eine Höchstgrenze von 48-Arbeitsstunden für die Freiwillige Feuerwehr festzulegen.

Tatsächlich handelt es sich bei der Revision der Arbeitszeit-Richtlinie zunächst um eine Konsultation der Sozialpartner, an der die Kommission lediglich als Beobachterin teilnimmt. Bis dato gibt es also gar keinen Vorschlag der EU-Kommission. Nur falls sich die Sozialpartner bis Herbst nicht geeinigt haben, wird die Kommission einen eigenen Entwurf vorlegen.

Momentan gibt es keinen Grund davon auszugehen, dass die Kommission tatsächlich vorhat, ehrenamtliche Tätigkeiten mit Beschäftigungsverhältnissen gleichzusetzen. Nichts desto trotz wird das Europäische Parlament ein wachsames Auge darauf haben, dass das Ehrenamt, nicht mit beruflicher Tätigkeit gleichgestellt und als Arbeitszeit angerechnet wird.



Die Menschen in Schleswig-Holstein sollten das Vertrauen haben, dass kein deutscher Europaabgeordneter im Europäischen Parlament den Finger heben würde, um das Ehrenamt in Deutschland zu gefährden!

Ulrike Rodust, MdB

INKLUSION, DAS NEUE GROSSE ZIEL DER BILDUNGSPOLITIK NEUER BUNDESVORSTAND DER AFB GEWÄHLT

Ende April kamen in Berlin wieder einmal die Bildungsexpert_innen der SPD zusammen und diskutierten auf einer Fachkonferenz und der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) über aktuelle bildungspolitische Themen. Im Zentrum stand dabei das Thema „Inklusive Bildung“ – damit ist im Wesentlichen die Bildungsbeteiligung von Menschen mit einer Behinderung gemeint. In Deutschland werden Menschen mit besonderen Bedürfnissen bisher meistens außerhalb des „normalen“ Bildungssystems betreut und besuchen z. B. Förderschulen.

Sozialdemokrat_innen kämpfen seit langem für die Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderung und so wurde an den beiden Tagen darüber diskutiert, wie dieses wichtige Ziel durch den gemeinsamen (inklusiven) Schulbesuch erreicht werden kann. Da Deutschland durch die ratifizierte UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen mittlerweile dazu verpflichtet



ist, das Bildungssystem inklusiv zu gestalten, standen die Probleme bei der Umsetzung im Vordergrund: Welche Kosten entstehen durch die Umstellung? Wie können Lehrkräfte fortgebildet und Eltern eingebunden werden? Und nicht zuletzt: Wie können die Betroffenen eingebunden werden, denn auch bei der Inklusiven Bildung soll der Grundsatz gelten „Nicht über uns ohne uns“.

Die AfB Schleswig-Holstein hat in dieser Debatte schon wichtige Impulse setzen können und diskutiert diese Fragen seit einiger Zeit – so war es kein Wunder, dass unser Landesvorsitzende Ulf Daude

mit einem guten Stimmenergebnis in den Bundesvorstand gewählt wurde. Schleswig-Holstein ist damit erstmals wieder seit 1997 im Bundesvorstand der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Bildung vertreten.

Bei den Wahlen zum Bundesvorstand gab es auch einen Wechsel an der Spitze: Neuer Bundesvorsitzender ist Peter Befeldt (Niedersachsen). Zum neuen Vorstand gehören weiterhin die stv. Vorsitzenden Angelika Heinlein (Brandenburg) und Günther Häfner (Hessen) sowie die Beisitzer Thomas Lind (Rheinland-Pfalz), Felizitas Reinert (NRW) und Marion C. Winter (Bayern).

Weitere Informationen über den Bundeskongress und den Bundesvorstand befinden sich auf der AfB Internetseite: www.spd.de/spd_organisationen/afb/

*Benjamin Raschke
stellv. AfB-SH Landesvorsitzender*

KANALAUSBAU AUF RATEN



Lange Zeit war es still geworden um geplanten Ausbau der Oststrecke des Nord-Ostsee-Kanals. Ende 2009 wurde zwar das Planfeststellungsverfahren eingeleitet, Baubeginn sollte ein Jahr später sein. Die Fertigstellung des ersten Bauabschnitts war zum Ende dieses Jahres vorgesehen.

Zu Beginn 2010 wurde in den betroffenen Gemeinden die Planungsunterlagen durchgearbeitet. Bürger und Gemeindevertretungen erstellten ca. 260 Anregungen - sprich Änderungs- und Ergänzungswünsche. Im September fand dann die im Planfeststellungsverfahren vorgesehene Anhörung statt.

Im November 2011 war der ursprüngliche Terminplan zu Makulatur geworden, der Entwurf des Bundeshaushaltes sah man gerade 10 Millionen Euro für die Planung einer neuen Schleuse in Brunsbüttel vor. Die geplante Elbvertiefung hatte vor dem Hintergrund knapper Haushaltsmittel in der Bundesregierung Vorrang bekommen. Böse Zunge behaupteten, dies hänge mit der Lage des Wahlkreises des Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium zusammen. In Schleswig-Holstein löste dies wegen der regionalökonomischen Bedeutung der Wasserstraße Widerspruch aus, der auch seinen Niederschlag im Regierungsprogramm 2012-2017 fand.

Anfang Mai dieses Jahres wurden nun

die Gemeindevertretungen der betroffenen Gemeinden zu einer Informationsveranstaltung nach Schinkel eingeladen. Dort berichteten Vertreter des Wasser- und Schifffahrtsamtes Kiel-Holtenau über die geänderten Planungen zum Kanalausbau.

Die derzeitige Bundesregierung hat z.Zt. bei der Mittelvergabe folgende Priorisierung: An der ersten Stelle steht nach wie vor die Elbvertiefung, gefolgt vom Neubau einer weiteren Schleuse in Brunsbüttel. Erst an dritter Stelle steht die Kanalerweiterung.

Auf Grund der eingegangenen Einwendungen und Stellungnahmen wurden Teile der Planung so geändert, dass für die Änderungen eine Neuauslegung erforderlich wurde. Gegen diese Änderungen können die Betroffenen wiederum Einwendungen hervorbringen.

Berücksichtigt wurden nach Aussage des Vorhabenträgers Maßnahmen zur Lärmreduzierung. Weiterhin wird die geplante Verbringungsfläche für Bodenmaterial in der Ostsee verkleinert. Zur Aufwertung eines Flachwasserbereiches wird außerdem ein Steinfeld

angelegt, in dem sich Wasserpflanzen und -tiere ansiedeln können.

Die gesamte Baumaßnahme wird nun planerisch so in Einzelschritte gegliedert, dass je nach Haushaltslage auch Schritt für Schritt kleinere Bauabschnitte abgearbeitet werden können. Mit anderen Worten: Es zeichnet sich ab, dass der Ausbau sich über einen weitaus längeren Zeitraum hinziehen wird, als ursprünglich geplant war. Für die Trockenaushublagerstätte in Warleberg (Gemeinde Neuwittenbek) stellt dies u.U. auch in Frage, dass das über Schuten angelieferte Verbringungsmaterial wie von der Gemeinde gewünscht und bisher auch von der WSV geplant, mit einem Förderband von der Anlegestelle im Kanal auf die Ablagefläche verbracht wird. Bei Baustillstandszeiten laufen die Kosten für ein gemietetes Förderband trotzdem weiter.

Hier wird nun befürchtet, dass statt dessen LKW- bzw. Treckerverkehr zum Einsatz kommt.

Es wird zwar offiziell noch angestrebt, zum Jahreswende einen Planfeststellungsbeschluss zu erreichen, es hat aber doch eher den Anschein, dass dies Ziel realistischer Weise erst im kommenden Jahr erreicht wird. Wenn der Planfeststellungsbeschluss rechtsgültig ist, hat er fünf Jahre Gültigkeit. Diese Frist kann in begründeten Fällen auf 10 Jahre verlängert werden. Erst, wenn innerhalb dieser Zeit nicht gebaut worden ist, wird der Beschluss ungültig.

*Jürgen Strack
Beisitzer im Kreisvorstand*



WAHLALTER 16

„Ich würde den Dolgner ja sehr gerne wählen, aber ich darf noch nicht, bin ja erst 16“. So oder so ähnlich klangen viele Kommentare an den Wahlkampfständen. Ralf, Serpil und alle anderen Direktkandidat_innen der SPD dürften sie gehört haben.

Aber warum ist das so? In Bremen und Brandenburg ist es möglich, bei Kommunalwahl geht es und diskutiert wird es schon lange. Gerade jetzt zur Landtagswahl wurde das Wahlalter 16 wieder stark diskutiert. Die Jusos und weite Teile der SPD machen sich schon seit Jahren für eine Reform des Wahlrechts stark.

Warum eigentlich erst ab 18? Sind junge Menschen, insbesondere 16-jährige schlechter informiert als 18-jährige? Verstehen das alles nicht? Wenn man es so sagen will, bestimmt. Aber so wie es Union und FDP gerne darstellen, ist es viel zu einfach! Die Position der Konservativen ist für uns nicht nachvollziehbar und soll im Folgenden widerlegt werden.

Fakt ist, dass 16 Jährige schon in der Ausbildung stecken und Steuern zahlen, wenn der Verdienst entsprechend ist. Sie sind straf- und religionsmündig und politisch durchaus aktiv und interessiert (Jusoalter ist ab 14).

Wer geht denn am ersten Mai auf die Straße und blockiert die Nazis? Ein Großteil der Protestierenden waren Jugendliche. Waren diese uninformiert? Ganz im Gegenteil! Sie haben aufgeklärt und sich aktiv für unsere Demokratie eingesetzt.

Sind Jugendliche leicht verführbar? Nicht leichter als alle anderen auch! Durch gezieltes Informieren aller Bürgerinnen und Bürger, Schülerinnen und Schüler entsteht ein gutes Demokratieverständnis, das junge Menschen davon abhält NPD oder Ähnlichen ihre Stimme zu geben.

Und wieso dürfen sie bei Kommunalwahlen ran, aber nicht bei den anderen Wahlen? Sind die Kommunalwahlen weniger wert? Erzählt die Politik nicht gerne, dass gerade die Kommunalwahlen die wichtigsten seien, weil sie vor Ort entscheiden und die Graswurzel der Demokratie sind?

Wer soll die Zukunft unseres Landes sein? Wieso sollen alte Männer und Frauen sich wählen lassen und dann über die Köpfe der jungen Menschen hinweg entscheiden? Junge Menschen müssen aktiv in den demokratischen Prozess eingreifen können! Nur so lernen sie den Wert der Demokratie schätzen und merken, dass ihre Interessen ernstgenommen werden. Und die Politik muss die Interessen der jungen Menschen ernstnehmen, es sind Wähler_innenstimmen, die sich keine Partei entgegen lassen will.

Das Wahlalter 16 ist längst überfällig! Die Jusos fordern es ein, Torsten Albig hat es auf dem Bundeskongress der Jusos eingefordert und wir als SPD RD-Eck müssen es auch weiterhin einfordern!

Moritz Deutschmann und Axel Diehl

AUS DER REDAKTION



Liebe Genossinnen und Genossen,

dieses ist die letzte Ausgabe des Kreis-Info vor unserem ordentlichen Landesparteitag am 2. Juni in Altenholz. Ich möchte an dieser Stellen allen danken, die in den vergangenen zwei Jahren so aktiv an seiner Erstellung mitgewirkt haben. Zu nennen sind dabei vor allem die Redaktionsmitglieder (Moritz Deutschmann, Andreas Fleck, Thomas Lemm, Jürgen Strack und Manfred Tank), aber natürlich auch die Autorinnen und Autoren sowie Layouter und weitere Beteiligte!

Die Gremien unseres Kreisverbandes werden auch nach dem 2. Juni zum Mitmachen einladen. Kandidaturen für die Wahlen auf dem ordentlichen Landesparteitag sind möglich und können bei Eva Dreger in der Kreisgeschäftsstelle bekannt gegeben werden. Im Mittelpunkt des Landesparteitags wird im personellen Bereich die Neuwahl des Kreisvorstandes stehen, im inhaltlichen Bereich die Diskussion des Landtagswahlergebnisses und dann hoffentlich auch eines Koalitionsvertrages.

TERMINE BIS ZUR „SOMMERPAUSE“

Dienstag, 29. Mai, 19.00 Uhr
Rendsburg, Kreishaus
Sitzung der SPD-Kreistagsfraktion



Sonnabend, 2. Juni, 10.00 Uhr
Altenholz, Gemeindezentrum,
Klausdorfer Str. 78
Ordentlicher Landesparteitag der SPD
Rendsburg-Eckernförde mit Rechenschaftsberichten, Wahlen und Anträgen



Dienstag, 5. Juni, 19.00 Uhr
Rendsburg, Kreishaus
Sitzung der SPD-Kreistagsfraktion
Mittwoch, 6. Juni, 15.00 Uhr
Fockbek, Hotel – Restaurant Schützenhaus, Rendsburger Str. 34
Kreiskonferenz der AG 60 plus mit Wahlen und Referat der Abteilungsleiterin Sozialpolitik DGB Bezirk Nord Gabriele Wegner zum Thema „Altersarmut – Ursachen und Folgen!“



Sonnabend, 9. Juni, 10.00 Uhr
Neumünster, Holstenhallen
Außerordentlicher Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein mit Abstimmung über den Koalitionsvertrag
Dienstag, 19. Juni, 19.00 Uhr
Rendsburg, Kreishaus
Sitzung der SPD-Kreistagsfraktion



Sonnabend, 23. Juni, Beginn der Sommerferien in Schleswig-Holstein